

KLARTEXT

I
N
B
L
A
U

BRIGITTENAU

Bodenmarkierungschaos am Friedrich-Engels-Platz!

Integration als lukratives Geschäft! (Seite 2)

Endlich Neuwahlen! (Seite 2)

Kern und Kurz: zwei neue Gesichter für ein altes System (Seite 3)

Brigittenaauer Grüne bei Islamisten zu Gast (Seite 4)

Es warad wegen dem Dreck! (Seite 5)

Verspernte Stations-WC's entlang der U6 (Seite 6)

Wofür gibt's die Mobilitätsagentur? (Seite 7)

Linke Petzschrift von selbsternanntem FPÖ-Experten (Seite 8)

Willkommensklatschen sticht Frauenrechte! (Seite 8)

Bauprojekt Jägerstraße 58 (Seite 9)

Keine Straßenbahn-Direktverbindung zum KH-Nord? (Seite 10)

Ohne Noten kein Sitzenbleiben! (Seite 10)

Schanigärten wachsen jetzt wie „Schwammerln!“ (Seite 11)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Integration als lukratives Geschäft!



Integration darf nicht funktionieren, denn Integration ist ein (Millionen) Geschäft. Zuwanderer und Flüchtlinge müssen dafür herhalten, damit über Werksverträge oder Honorarnoten diverse Dienstleister mit Steuergeld finanziert werden können. Nicht umsonst werden immer mehr Flüchtlinge über die Mindestsicherung von der rot-grünen Stadtregierung nach Wien gelockt. Eine Vielzahl von Vereinen, in deren Vorständen oft Mandatare

dieser rot-grünen Stadtregierung sitzen, haben weder Mitglieder noch können sie Einnahmen aus eigenem lukrieren. Sie werden von der Stadt Wien mit mehreren Millionen subventioniert, da sie Integrationsmaßnahmen in unterschiedlichster Form anbieten. Meist werden Beratung, Betreuung, psychologische Behandlung und Deutschkurse, aber auch kulturelle Darbietungen und Kinderbeaufsichtigung angeboten. Das Ganze passiert natürlich niederschwellig, muttersprachlich und auf Augenhöhe damit sich Zuwanderer, Asylwerber oder Neo-Österreicher nicht überfordert oder ausgegrenzt fühlen und am gesellschaftlichen Leben selbstbestimmt mitpartizipieren können.

In vielen Subventionsansuchen wird als Ziel die Heranführung der Zuwanderer in das Gesundheits- und Sozialsystem angegeben, da sie medizinisch unterversorgt wären und Leistungen, die ihnen zustehen würden, nicht beantragen. Bei Beratungs- und Betreuungsgesprächen handelt es sich meist um Rechtsberatung durch Juristen oder Sozialarbeiterinnen. Dabei wird das rechtliche Vorgehen gegen Entscheidungen des Staates behandelt, wie man an diverse Unterstützungen kommt, finanzielle Kürzungen oder Ablehnungen bekämpft, oder Invalidenrente, Ausgleichszulage und Rundfunkgebührenbefreiung etc. beantragen kann. Dies hat alles sehr wenig mit Integration zu tun, sondern vielmehr mit ideologischem Missbrauch des Sozialstaates durch die politische Linke.

Auch die Auslagerung der Integrationsmaßnahmen an Vereine, hat nur den Entzug der politischen Kontrolle zum Ziel. Die Opposition kann bei Vereinen weder auf Inhalte, Personalentscheidungen oder auf die Notwendigkeit von – mit Steuergeld finanzierten – Maßnahmen Einfluss nehmen.

Seriöse Integrationssachverständige haben überdies festgestellt, dass in einigen Teilen von Wien keine Integration mehr möglich wäre, da keine Mehrheitsbevölkerung mehr auszumachen ist. Als Beispiel wird der Bereich um den Viktor Adler Mark in Favoriten genannt.

Entlarvend für das Geschäftsmodell „Integrationsverein“ ist auch die Tatsache, dass noch kein einziger Verein als subventionsunwürdig bewertet wurde, obwohl der angegebene Vereinszweck obsolet wurde. Die Subventionen werden mit dem Mehrwert für die Gesellschaft gerechtfertigt! Fakt ist aber, dass die Bevölkerung davon nur wenig bis gar nichts merkt.

Meint Ihr LABg. GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Endlich Neuwahlen!



Nun ist sie also doch – endlich – frühzeitig gescheitert, die sogenannte „Große Koalition“ von SPÖ und ÖVP. Offizieller Auslöser war zwar der personelle Wechsel an der Spitze der ÖVP, wo ein durch parteiinterne Intrigen entnervter Reinhold Mitterlehner endgültig das Handtuch warf und Platz für den seit Monaten als neuer ÖVP-Spitzenkandidat genannten Sebastian Kurz machte. In Wahrheit aber scheiterte

diese Regierung an ihrer seit vielen Monaten permanent unter Beweis gestellten Unfähigkeit, die drängenden Probleme unseres Landes zu lösen.

Wie oft haben uns rote und schwarze Spitzenpolitiker einen Neubeginn und ein Ende des seit vielen Jahren im Vordergrund stehenden gegenseitigen politischen Hick-Hacks versprochen. Und wie oft haben sie kurz danach ihr Wort wieder gebrochen und in ihrem alten miesen Stil weiterhin ihre Hauptbeschäftigung nicht in der sachpolitischen Arbeit sondern darin gesehen, ihrem sogenannten „Partner“ eins auszuwischen.

Es wird aber auch Zeit, dass Österreich wieder von Politikern regiert wird, die für ihre Funktion durch eine Entscheidung der Wählerinnen und Wähler legitimiert sind. Werfen wir nämlich einen Blick zurück auf das Jahr der letzten Nationalratswahl, also das Jahr 2013, so traten damals als Spitzenkandidat für die SPÖ Werner Faymann und für die ÖVP Michael Spindelegger an. Während letzterer bereits nach nicht einmal einem Jahr im August 2014 das Handtuch warf – seine Nachfolge als Vizekanzler und ÖVP-Obmann trat der nun zurückgetretene Reinhold Mitterlehner an – dauerte es bei Faymann bis Mai 2016, bis er – nachdem er bei der 1. Mai-Demonstration der SPÖ gnadenlos ausgepiffen wurde – im Mai 2016 sowohl das Amt des Bundeskanzlers als auch jenes des SPÖ-Vorsitzenden zurück legte. Weder der amtierende Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Kern noch der neue ÖVP-Obmann Kurz (und auch nicht der jetzige ÖVP-Vizekanzler Brandstetter) können sich daher auf ein Bürgervotum bei einer Nationalratswahl berufen!

Am 15. Oktober 2017 findet nunmehr die Nationalratswahl statt und es bietet sich für uns Freiheitliche die große Chance für einen historischen Wahlerfolg. Und nur ein solcher ist Garant dafür, dass das abgewirtschaftete rot-schwarze System nicht wieder über die Hintertüre zurückkommt. „Sonst wird sich nie was ändern!“

Auch wir Brigittenauer Freiheitliche werden mit großem Einsatz das unsere dazu beitragen, dass Rot und Schwarz an diesem Wahltag ihr „blaues Wunder“ erleben, meint

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Gausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2017

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: Wolfgang Sehner; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Kern und Kurz: zwei neue Gesichter für ein altes System

Seit gut einem Jahr hat Österreich einen neuen Bundeskanzler. Der damalige ÖBB-Chef Christian Kern, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als er die illegale Durch- und Einreise von Hunderttausenden Migranten mit Hilfe der Staatsbahn und auf Kosten des Steuerzahlers „organisierte“, löste Werner Faymann als Bundeskanzler ab. Österreich bekam einen Kanzler, der zuvor noch bei keiner Wahl antrat, dem also die demokratische Legitimation völlig fehlte. Anstelle den Wählern die Möglichkeit zu geben, nach derartigen Umbrüchen mittels Stimmzettels die Karten neu zu verteilen, versuchte Kern den abermaligen „Neustart“ der rot-schwarzen Dauerkoalition.

Wie erwartbar, waren diese Versuche die kaputte Koalition zu retten, zum Scheitern verurteilt. In dieser Regierung spielte Sebastian Kurz seit vier Jahren eine bedeutende Rolle. Als Außenminister bekleidete er ein wichtiges Ressort, das gerade in der Flüchtlingskrise sehr gefordert war. Während der illegalen Grenzöffnung hörte man so gut wie gar nichts von Kurz, als über viele Monate hinweg Österreichs Grenzen offen waren für die Ein- und Durchreise von mehr als einer Million illegaler Migranten.

Durch den Einsatz Ungarns wurde die „Balkan-Route“ zwar abgesichert, aber die Fluchtrouten haben sich rasch

geändert. So strömen die illegalen Migranten nunmehr über das Mittelmeer, wo sie einen Steinwurf vor der Küste Libyens „gerettet“ werden und nach Italien gebracht werden. Und dann geht es weiter über den Brenner – den Österreich nach wie vor nicht kontrolliert – nach Mitteleuropa. Es hat sich gegenüber dem Katastrophenjahr 2015 nicht viel geändert, außer dass es keine Bilder von einem Massenansturm mehr gibt, dafür aber Jubelmeldungen, wie viele Migranten im Mittelmeer „gerettet“ (=erfolgreich geschleppt) werden.

Mit der Übernahme der ÖVP durch Kurz gibt es also die längst fälligen Neuwahlen. Die Regierung hatte nicht einmal die Kraft, sich in Würde gemeinsam dem Wähler zu stellen. Ohne Initiative der FPÖ und anderer Oppositionsparteien gäbe es nicht einmal einen Neuwahltermin. Besonders das Verhalten des neuen starken Manns in der ÖVP ist ausschließlich von Taktik geprägt. Es ist bei uns an sich selbstverständlich, dass Parteiohleute von Regierungsparteien die Spitzenfunktionen in der Regierung übernehmen. Demzufolge müsste Sebastian Kurz für die verbleibende Rest-Periode die Funktion des Vizekanzlers übernehmen. Tat er aber nicht. Er will offenbar mit der Regierung, der er insgesamt mehr als 6 Jahre angehört hat,

nicht allzu viel zu tun haben. Deshalb muss der parteilose Justizminister, der wenig ausrichten kann, dieses Amt übernehmen. Konsequenterweise sollte sich Minister Kurz gänzlich aus der Regierung zurückziehen. Das tut er aber auch nicht, will er doch auf die schönen Bilder als Außenminister nicht verzichten.

Man sieht also, SPÖ und ÖVP haben die Köpfe getauscht, an der Politik der beiden Dauer-Regierungsparteien hat sich nichts geändert. Die Liste ungelöster Probleme wird täglich länger, die Koalition bleibt weiter im Dauerstreitmodus. Wenn sich beim Wahlergebnis nicht etwas Dramatisches ändert, wird es nach der Wahl genauso weitergehen. **SPÖ und ÖVP können zwar nicht miteinander, sie können aber auch nicht ohne einander.** An diesem System hängen tausende Jobs und Funktionen, auf die keine Partei verzichten möchte. Das ganze Gerede über andere Koalitionen ist daher nur ein Scheingefecht, um den Druck auf den jeweils anderen zu erhöhen.

Die einzige Partei, die für einen verantwortungsvollen Wandel steht, ist die FPÖ. Wir brauchen ein bestmögliches Wahlergebnis, damit Österreich aus der rot-schwarzen Umklammerung endlich befreit wird. Diese Chance haben wir am 15. Oktober, nutzen wir sie!

Labg Dr. Wolfgang Aigner



Brigittenauer Grüne bei Islamisten zu Gast

Im Umfeld der radikalen Muslimbruderschaft (vor der selbst der deutsche Verfassungsdienst warnt) gibt es ein beachtliches Netzwerk an Vereinen, die u. a. in der „Flüchtlingshilfe“ aktiv sind. Mit Zielen, die wenig mit der viel propagierten „Integration“ zu tun haben, so ist zu vermuten. „Islamische Liga der Kultur“ heißt etwa eine in der Brigittenau tätige Organisation.

Anlässlich einer Zertifikatsübergabe an den Verein erschienen neben dem bekannten SPÖ-Gemeinderat Omar al-Rawi und der IGGÖ-Präsidenschaft auch zwei Grünen-Bezirksräte: Hannes Horn und Barbara Pickl. Dem Kurier erklärte Horn auf Nachfrage nichts über die Arbeit der Organisation zu wissen und eben nur einer Einladung gefolgt zu sein. Auch ein Verständnis politischer Verantwortung. Egal was jemand tut oder wofür er steht, wer einlädt, wird kraft Besuches unterstützt. Unausgesprochene Bedingung wird aber wohl sein: es darf kein österreichischer Patriot sein!

Die Muslimbruderschaft steht für ein ganz klar umrissenes Weltbild, durchideologisiert im Sinne des politischen Islam, mutmaßlich auch des Radikalislam. Muss man das, wenn auch durch angebliche Unkenntnis, als österreichischer Bezirkspolitiker unterstützen? Darf man sich „Unkenntnis“ in einem solchen Zusammenhang erlauben? Der Kurier verweist in seinem Bericht auf Fotos der Jugendorganisation der „Liga der Kultur“, in der unzweideutig die strenge Geschlechtertrennung zu erkennen sei.

Für die stets frauenrechtsbesorgten Grünen sollte das alleine Anlass sein einen weiten Bogen um derartige Organisationen zu machen. Ist es aber – leider – nicht. Herr Horn hat ja auch andere politische Schwerpunkte, die den Problemen unserer Tage viel eher entsprechen. Laut Homepage der Grünen Brigittenau etwa: „Ich bin außerdem der Meinung, dass es unsere antifaschistische Pflicht ist, Rechtsextremismus die Stirn zu bieten. Gemeinsames Miteinan-

der darf nicht von Schreihälsen vergiftet wird (sic.)“

Dazu posiert der „Mentor“ der Grünen Brigittenau in einem T-Shirt, das die Aufschrift: „Her mit dem schönen Leben“ trägt. Stellt sich Horn das „schöne Leben“ so vor wie seine Gastgeber, anlässlich jener Einladung, der er eben folgte, ohne zu wissen wer ihn da wozu einlud?

Ähnlich unkritisch bezüglich der Gastgeber und ihrer Hintergründe auch die „Aktivistin“ bei den Grünen Brigittenau, BR Barbara Pickl: „Das bunte Nebeneinander von Alteingesessenen, ArbeiterInnen, MigrantInnen und StudentInnen schätze ich seit 25 Jahren.“ Na hoffentlich wird der Dame nicht eines Tages zu bunt, was von manchen ihrer nebeneinander lebenden Mitbürger vorbereitet wird. Aber der Kenner seiner „antifaschistischen Pflicht“, ihr Kollege Horn, wird ihr dann schon mit Rad und Tat zur Seite stehen – immerhin ist ein weiterer seiner flotten Leitsprüche: „Don't worry Bike happy!“



Fotos 3: Pfeiffer

Es warad wegen dem Dreck!

2015 trat die SPÖ bei der Wirtschaftskammerwahl mit dem Slogan „Es warad wegen der Wahl“ in Erscheinung und handelte sich damit Kritik wegen Inhaltslosigkeit sogar aus den eigenen Reihen ein.

Aber vielleicht sollten sie mit dem Sager in einer leicht abgewandelten Form bei jenen Mietern von Wiener Wohnen nochmals durchstarten, für die die Hausordnung nicht zu gelten scheint? Sie könnten damit für mehr Ruhe, Sicherheit und Sauberkeit sorgen, wenn sie die Dinge so ansprechen, wie sie sich darstellen. Denn, die teils unhaltbaren Zustände in den Gemeindebauten haben sich seit der Öffnung für Drittstaatsangehörige vervielfacht und sorgen für massiven Unmut bei den Alt-Mietern. Die Reaktion von Wiener Wohnen gegenüber Beschwerdeführern ist oft erschreckend ignorant und abweisend. Anstatt jene zur Verantwortung zu ziehen die das Zusammenleben mit ihrem Verhalten belasten, „raten die Verantwortlichen vielleicht doch auszuziehen.“

Warum klopfen sie nicht an die Türen der Verursacher und begrüßen Sie mit einem freundschaftlichen „Es warad wegen dem Dreck oder dem Lärm“? Grund dafür hätten sie genug, wie die Bilder zeigen.

BR Alfred Pfeiffer





Versperrte Stations-WC's entlang der U6

Seit ungefähr zwei Jahren sind in der Brigittenau die Stations-WCs entlang der U6 gesperrt. Die offizielle Begründung für die Schließung ist arge Verschmutzung und Vandalismus. Um die „Qualität“ zu verbessern wird seitens der Wiener Linien seit dieser Zeit an einem Konzept gearbeitet. Passiert ist seither nicht viel, außer, dass in regelmäßigen Abständen über die Problematik berichtet und die Öffnung in Aussicht gestellt wird.

Laut Angaben der Wiener Linien sind von rund 70 WC-Anlagen in den U-Bahnstationen „mehr als ein Dutzend“ geschlossen. Das wären zwischen 13 und 23 Anlagen, also ca. 30%. Da in der Brigittenau alle Stations-WCs geschlossen sind würde das bedeuten, dass im Bezirk überdurchschnittlich viele Zerstörungswütige und Verschmutzerinnen ihr Unwesen treiben.

Vielleicht hat die Schließung aber viel mehr damit zu tun, dass die WCs von Junkies zur Verabreichung der todbringenden Substanzen benutzt werden. Denn die Verkehrsmittel der Wiener Linien, vor allen die U6, sind zum Tummelplatz für Dealer und deren Abnehmer geworden.

Wenn die Wiener Linien seit Jahren

an einem Konzept zur Verbesserung der Qualität arbeitet, dann sollten sie auch diese Problematik, die mit Sicherheit den Hauptanteil an der Schließung hat, mit berücksichtigen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist auch der Einsatz von Betreuungspersonal – die sogenannte Klo-Frau – eine Überlegung wert. Denn die hohen Kosten, die für hygienisch saubere Selbstreinigungsanlagen aus Nirosta bereitgestellt werden, würden auch hier gut investiert sein. Mit der Benützungsgebühr von 50 Cent könnten Teile der Personalkosten lukriert werden.

In der Februar-Sitzung der Brigittenauer Bezirksvertretung wurde der Herr Bezirksvorsteher von mir mit einer Anfrage zu diesem Thema konfrontiert, leider konnte er nur bekanntgeben, dass die Wiener Linien an einem Konzept arbeiten!

Allein an diesem Thema ist erkennbar, wie überfordert die rot-grüne Stadtregierung mit selbstverschuldeten Problemen ist. Denn die politische Verantwortung trägt die SPÖ-Stadträtin Mag. Ulli Sima, die seit 2 Jahren nicht in der Lage ist WC-Anlagen bei den Öffis zugänglich und benutzbar zu machen.

BR Brigitta Schalk





Wofür gibt's die Mobilitätsagentur?

Verkehrsregeln sind grundsätzlich dafür da, um beim Zusammentreffen unterschiedlicher Verkehrsteilnehmer eine gesicherte Teilnahme am Verkehrsgeschehen möglich zu machen.

Zu viele Regeln können aber auch das Gegenteil bewirken, wie am Friedrich Engels Platz deutlich sichtbar wird.

Nur um dem Radfahrverkehr den Vorzug zu geben, werden Fußgänger auf Umwege geleitet.

Die großzügige Verordnung des Radweges zwingt Fußgänger auf Gehwege, die wiederum bei Radwegen enden. Die Straßenverkehrsordnung sieht bei Vorhandensein von Rad- u. Gehwegen die Benützung durch die jeweiligen Verkehrsteilnehmer vor, widrigenfalls begeht man eine strafbare Verwaltungsübertretung.

Es liegt in der Natur des Menschen, den kürzesten Weg zu benutzen, noch dazu, wenn es Jahrzehnte lang so möglich war. Daher wird am Friedrich Engels Platz der Radweg von Fußgängern benützt, obwohl es verboten ist.

Die Frage stellt sich, was machen eigentlich die Fußgängerbeauftragte Frau Jens, die sogar im Bezirk wohnt und der Radfahrbeauftragte Herr Blum, wenn solch ein Irrsinn mit viel Geld den Menschen zugemutet wird?

BR Brigitta Schalk



Linke Petzschrift

Buchpräsentation eines selbsternannten linken FPÖ-Experten in der Brigittenau

In seinem Buch „Die FPÖ, Blaupause der Neuen Rechten in Europa“ versucht Autor Herbert Auinger das Handbuch Freiheitlicher Politik und die FPÖ-Publikation Für ein freies Österreich im Sinne der dazu – wieder einmal – beschworenen „rechten Gefahr“ zu (miss)deuten. Der Autor kann dabei auf kaum einer Seite seiner sogenannten „Studie“ über seinen wahren Antrieb hinwegtäuschen: den altbekannten ideologischen Zwang gegen alles zu opponieren was für klare Strukturen, Ordnung und Sicherheit plädiert. Und dann noch für Heimat. Gott wie „böse“, wie „rechts“...!

Auinger arbeitet sich tapfer an den Mosaiksteinen eines Weltbildes ab, das ihm persönlich zuwider ist. Und er wünscht sich eine geneigte Leserschaft, die seine selbsterfüllende Skepsis teilt. Die, wie offenbar er, von der Niemandswelt träumt, wo es Grenzen, Geschlechter, Staaten und, um die verpönten „Rassen“ zu umgehen: „Menschensorten“ nicht gibt. Selbstverleugnung als Lebensziel. Alles gleich, alle gleich, alles gut. Funktioniert halt leider nicht. Aber links träumen wird man wohl noch dürfen, beansprucht Auinger für sich.

Seitenweise kopiert er folglich Buchabschnitte für seine von außen links ausgehende Beschau der „Neuen Rechten“. Eine kommentierte Abschreibübung mit Fußnoten. Mal polemisch, mal schnippsch, mal zynisch, sich köderschnappend in die als Sollbruchstellen ausgelegten Reizwörter verbeißend. Auinger zeigt damit, daß er die Intention der seiner Forschung unterzogenen Bücher nicht verstanden hat. Er sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Weder beim Leitfaden freiheitlicher Politik noch bei dessen „Weiterdenken“. Wie auch, kann er doch mit den der Souveränität zugrunde liegenden Werten offenkundig nichts anfangen. Und um die geht es freiheitlicher Politik halt mal ganz wesentlich.

Als Kommentator versucht Autor Auinger zu kaschieren, dass er selbst offenbar kein Thema zur konstruktiven Ausgestaltung hat. Die Eigenleistung seines Werkes besteht folglich darin sich mit Linksdrift in die verortete Rechtskurve zu legen, um als selbsternannter Verstehender der rechten Seele, mit belehrend erhobenerm Zeigefinger, durchs Ziel zu gehen. Ganz nimmt ihm sein Publikum das Verstehen und den abgeleiteten Lehrauftrag

aber nicht ab, wie schon die für Autor und Verlag desillusionierende Fragerunde anlässlich der Präsentation des Werkes in der Brigittenau deutlich machte.

„Völkisch“ ist ein bevorzugtes Vokabel Auingers. Auffallend selten ergänzt er „rechts“ mit dem von Seinesgleichen gern verwandten Zusatz: „extrem“. Er will nicht hetzen. Nein, dieser Autor will lediglich „petzen“: du, ich weiß etwas! Da gibt es immer noch diese unbelehrbaren Freiheitlichen, die doch tatsächlich eine Heimat haben wollen und eine Zukunft dazu ... Das verblüfft im gesellschaftspolitischen Utopia sozialisierte Linke! Vielleicht auch Auingers Verlagsleiter Hannes Hofbauer. Dieser schrieb laut Wikipedia u. a. für Neues Deutschland, heute eine „sozialistische Tageszeitung“, „damals“ Zentralorgan der DDR-Staatspartei SED. Oder für Konkret, eine „Zeitschrift für Politik und Kultur“, die der Verfassungsschutz dem „undogmatischen Linksextremismus“ zuordnet.

Auf solchem Nährboden nun entstand das Büchlein „Die FPÖ, Blaupause der Neuen Rechten in Europa“. Eine Schrift, der die Kraft fehlt ein eigenes Weltbild zu entwickeln oder auch nur anzudeuten, die einzig erstellt wurde ein dem Autor nicht genehmes Weltbild anzuprangern. Die damit genau jene Angst vor einem möglichen – und überfälligen – politischen Umbruch auslebt, die sie den Wegbereitern dieser Neuwerdung unterstellt.

Herrn Auinger ist zwar für die Verbreitung von Ideen zu danken, von denen er so gar nichts hält. Und vielleicht erfreut er die interessierte Öffentlichkeit eines Tages mit schriftstellerischer Eigenleistung. Aber will er das? Vielleicht ist er, der das Flächensitate kommentierende Buch über zwei Bücher schrieb, ja selbst mehr Getriebener als er es dem Gegenstand seiner Forschung attestiert. Offenbar wird jedenfalls, dass sich selbstgerechter Linksintellekt einmal mehr eine Deutungshoheit anmaßt, die seine vorgelegte Analyse nicht rechtfertigen kann. Aber so ist das halt bei den Moralaposteln: alles, was nicht in die Welt brüllt „links“ zu sein darf als „rechtsradikal“ verdächtigt oder auch so geheißt werden. Wo der Mensch mit Migrationshintergrund, bevorzugt Moslem, bedenkenlos äußern darf was und wer ihm nicht zu Gesicht steht, ist bei einem

Europäer, zumal weiß, männlich, heterosexuell, vielleicht gar noch Familienvater, sofort Gefahr im Verzug, sollte er Kritikwürdiges finden an der laufenden Selbstabschaffung Europas. Um nichts anderes handelt es sich bei den aktuellen, hochdramatischen Fehlentwicklungen. Denen durch gestelzte akademische Abhandlungen wie die FPÖ-Beschau des Herrn Auinger nicht beizukommen sein wird. Zumal selbst bekennende linke Blätter wie die deutsche Tageszeitung Junge Welt Auinger bescheinigen „arg polemisch“ zu sein.

Willkommensklatschen sticht Frauenrechte!

Der (mutmaßlich vergeblich) „Wermill-mich“-blickende SPÖ-Bezirksrat, der alle Welt wissen lassen wollte, dass irgendwann einmal auch mit ihm Damen zu schlafen gehabt hätten, ist peinlich. Sehr peinlich. Dabei könnte man es belassen. Aber nein, sein und anderer Herren „Polit-Sexismus“ besetzt über Wochen Zeitungsseiten, die somit für weit dramatischeres Geschehen nicht mehr frei sind. Z. B. für das Treiben mancher als „Schutzsuchende“ gekommener Täter, die europäische Mädchen und Frauen schänden. Wird auch erwähnt, aber oftmals nur als Randnotiz. Übrigens: dass der mitteilsame Bezirksrat als „Sexist“ in der feministisch geprägten SPÖ „politisch überlebt“ hat, verdankt er wohl (s)einem Beitrag zur Willkommenskultur, den er als „Flüchtlings-Fotograf“ geleistet hat. Wir lernen: Willkommensklatschen sticht (bei den Roten) Frauenrechte!





Fotos 2: Sehner

Bauprojekt Jägerstraße 58

Am 8. März führte BV Derfler höchstpersönlich den Spatenstich zur neuen Wohnhausanlage in der Jägerstraße 58 durch. drei Bezirksrätinnen der Freiheitlichen Partei wohnten diesem „feierlichen Ereignis“ ebenfalls bei. Das 9-stöckige Wohnhaus soll sich von der Jägerstraße bis zur Raffaelgasse erstrecken. Es sollen 192 Wohneinheiten, davon 4 Luxus-Penthäuser mit eigenem Pool und Dachterrasse entstehen. Im Erdgeschoss sind ein Supermarkt und ein Kindergarten geplant. Bei Durchsicht der Pläne stellt sich mir jedoch die Frage, für welche Kinder dieser Kindergarten vorgesehen ist, sind doch der überwiegende Teil der Eigentumswohnungen mit nur einem Zimmer geplant, und somit für Jungfamilien ungeeignet.

BR Mag. Birgit Kopschar





Foto: Internet

Keine Straßenbahn-Direktverbindung zum KH-Nord?

Schon 2015 wurden Pläne bekannt, die Linie 31 nicht mehr nach Stammersdorf, sondern als Linie 32 nach Strebersdorf zu führen. Vor kurzem war nun Medienberichten zu entnehmen, dass die Wiener Linien planen, die Linien 31 in Zukunft nur mehr zwischen Stammersdorf und Floridsdorf (dieselbe Strecke, wie die Linie 30) zu führen. Die Strecke der Linie 31 von Floridsdorf bis Schottenring soll dafür von der Linie 25 übernommen werden.

Durch diese Änderung käme es sicher zu einer erheblichen Verschlechterung für die Benützer der Straßenbahn. Mit beiden Varianten einer geänderten Liniennführung der Linie 31 wäre nämlich der Wegfall einer Direktverbindung zum künftigen Krankenhaus Nord verbunden.

Bei der Variante der Übernahme der Strecke vom Schottenring bis Floridsdorf durch die Linie 25 wäre zudem aufgrund der langen Streckenführung mit größeren Verzögerungen zu rechnen. Beträgt die Fahrzeit (lt. Fahrplan) der Linie 31 von Stammersdorf nach Floridsdorf 17 Minuten, so fährt die Linie 25 von ihrem Ausgangspunkt in der Oberdorfstraße bis Floridsdorf bereit 31 Minuten.

Mit diesem Sachverhalt wurde von mir Bezirksvorsteher Derfler in einer schriftlichen Anfrage konfrontiert. Über seine Antwort bzw. Stellungnahme zu dieser Verschlechterung der Brigittener Bevölkerung werde ich in der nächsten Ausgabe berichten. *BR Brigitta Schalk*



Ohne Noten, kein Sitzenbleiben!

Ab dem nächsten Schuljahr sind die Schulnoten in der Volksschule abgeschafft!

Im Zuge der Bildungsreform erfolgte ein Gesetzesbeschluss, der ein Sitzenbleiben in den ersten drei Volksschuljahren untersagt bzw. nicht mehr möglich macht!

Die Elternschaft erhält eine Nachricht, in der in gar nicht so leicht zu fassendem Deutsch mitgeteilt wird, dass das Kind das Klassenziel erreicht oder eben nicht erreicht hat. Das Kind ist aber in beiden Fällen zum Aufstieg in die nächste Klasse berechtigt.

In der 4. Klasse kann das Kind dann doch sitzen bleiben – aber wahrscheinlich nur deshalb – damit die Weichen zwischen Gymnasium oder einer anderen Schulform gestellt werden können.

Man greift sich auf den Kopf!

Einzelschicksale von schulpflichtigen Kindern scheinen nicht mehr interessant zu sein, denn die würden den Staat beim Totalversagen im Bildungsbereich nur noch mehr belasten!

BR Susanne Chirkov

I hätt' do no a Frog?

Warum wornan alle vor ana FPÖ-Regierungsbeteiligung?

Die ÖVP sitzt seit 30 Jahren ununterbrochen in der Bundesregierung. Während der gesamten FPÖ/ÖVP/BZÖ Regierung hat die ÖVP den Bundeskanzler gestellt. Das Hypo-Desaster erfolgte 2009 durch die Notverstaatlichung des damaligen ÖVP-Finanzminister Josef Pröll. In Kärnten sitzt a „Schworza“ wegen der Hypo im Häfn. Beim Eurofighter-Skandal steht Ex-SPÖ-Verteidigungsminister Darabosch in der Kritik und wird vermutlich wegen Untreue angezeigt. Den KH Grasser versucht die Justiz seit 11 Jahren etwas umzuhängen, ohne Ergebnis.

Oiso, warum san de Blauen die Bösen?

*

Über Außenminister Kurz wird behauptet, dass ER die Balkanroute gesperrt hätte! Aha, und wie genau hätt er des g' mocht? I hob glaubt des worn die Mazedonier, die Serben, die Kroaten und Slowenen? Und die Ungarn hod da Faymann sogar no g' schimpft!

*

Wie wü da Herr Bildungs- und Integrationsstadtrat Mag. Czernohorsky die islamischen Kindergärten überprüfen, wenn er net amoi waß, wü vü 's in Wien gibt?

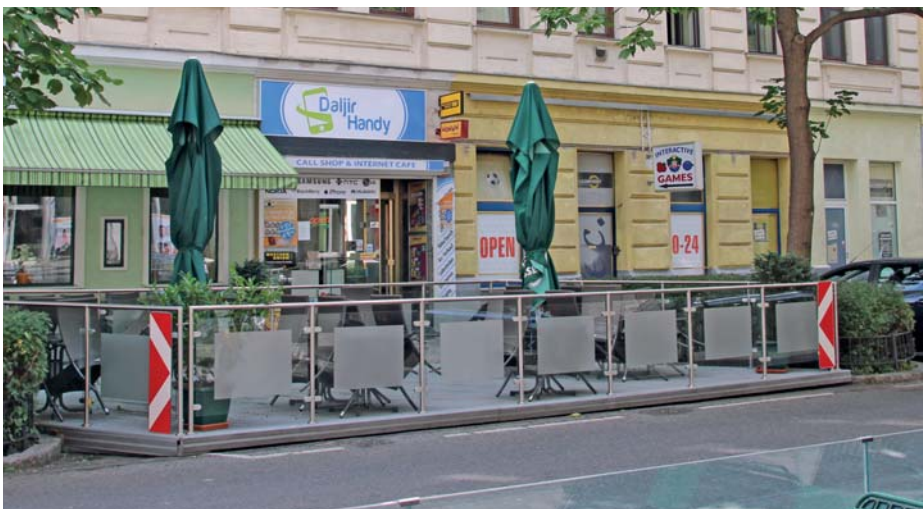


Fotos 3: Sehner

Schanigärten wachsen jetzt wie „Schwammerl!“

In der heurigen Saison ist ein deutlicher Anstieg von Gastgärten in Parkstreifen zu bemerken. Diese Entwicklung führt dazu, dass die Stellplätze für Fahrzeuge auf dem öffentlichen Grund der Gemeinde Wien immer weniger werden. Dies führt bei den Bezirksbewohnerinnen und -bewohnern zu Irritationen, da in der Brigittenau, als sogenannter Parkpickerl-Bezirk, für das Abstellen der Fahrzeuge, abseits von Steuern und Gebühren, gesondert bezahlt werden muss.

Das Gebrauchsabgabengesetz 1966 sieht in der aktuellen Fassung auch vor, dass die Gebrauchserlaubnis aus bestimmten Gründen versagt werden kann, insbe-



sondere dann, wenn sie den Interessen des Gemeingebrauches zuwiderläuft.

Ob der Gemeingebrauch durch die Vielzahl an Schanigärten in der Parkspur verletzt wird, indem die Bezirksbevölkerung immer öfter keinen Stellplatz für ihre Fahrzeuge vorfindet, muss hinterfragt werden. Immerhin sind die Parkstreifen als jener Teil der Straße vorgesehen, die zum überwiegenden Teil zum Abstellen von Kraftfahrzeugen vorgesehen sind. Diese Art der Vernichtung von Stellplätzen darf nicht dafür missbraucht werden, um den motorisierten Fahrzeugverkehr aus Wien zu verbannen.

BR Wolfgang Sehner



WSR
WIENER SENIORENRING

Die Brigittenauer Senioren laden ein:


Zum Spanferkelessen in Göttelsbrunn
am **2. September** 2017

Zum Sommerheurigen 1190 Wien
am **2. August** 2017

Zur Autobusfahrt nach Hainburg
am **11. August** 2017



Nähere Auskünfte:
Seniorenbeauftragte
Bez. Rätin Karin Lenz
lenz.karin@yahoo.com



**Österreichischer
Mieterschutzring
Wien**

*Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!*

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

**UNABHÄNGIG
KOMPETENT
EINSATZBEREIT
UNBEUGSAM**

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88
Web: www.mieterschutzring.at
Email: buero@mieterschutzring.at
Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

**Ring Freiheitlicher Jugend
RFJ 2/20**
Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter
0664 8851 77 70
franz.lindenbauer@fpoe-wien.at





**Liebe Brigittenauerinnen,
Liebe Brigittenauer,**

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.
Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66
E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at